

Freie Universität Berlin  
Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft

# Bachelorarbeit

im Studiengang Sciences Sociales – Politikwissenschaften

Thema:

Familienpolitik rechtspopulistischer Parteien – Deutschland und Frankreich im  
Vergleich

Erstgutachterin: Prof. Dr. Miriam Hartlapp

Zweitgutachterin: Prof. Dr. Gülay Çağlar

Vorgelegt von:

Antonia Meret Schinschke

Berlin, den 11.09.2020

# Inhalt

Anmerkungen: .....	2
Einleitung.....	3
1. Theoretische Grundlagen .....	5
1.1 Einordnung der Alternative für Deutschland und des <i>Front National</i> als rechtspopulistische Parteien .....	5
1.2 Familie, Familienpolitik und Geschlechterungleichheiten .....	7
1.3 Feministische Wohlfahrtsstaatenforschung.....	9
1.4 Genderregime in Deutschland und in Frankreich .....	11
2. Vergleichendes Forschungsdesign .....	13
2.1 Fallauswahl .....	13
2.1.2 Rechtspopulistische Partei Deutschland: die AfD .....	14
2.2 Datengrundlage und Operationalisierung.....	15
3. Datenanalyse und Diskussion.....	15
3.1. Kategorienausarbeitung .....	16
3.2 Qualitative Analyse und Interpretation.....	16
4. Fazit .....	19
4.1 Ergebnisse.....	19
5.2 Grenzen .....	20
5.3 Ausblick.....	21
5. Bibliografie.....	23
5.1 Literaturquellen.....	23
5.2 Internetquellen.....	25
5.3 Wahlprogramme .....	26
6. Anhang.....	29

Anmerkungen:

In dieser Arbeit werden die Geschlechterungleichheiten und Rollenvorstellungen in einem binären Analyserahmen dargestellt. Es soll an dieser Stelle erwähnt werden, dass auch nicht-binäre Personen von der Vergeschlechtlichung des Wohlfahrtsstaates und den Auswirkungen von Rollenvorstellungen und Familienbildern betroffen sind.

## Einleitung

2017 erzielten zwei europäische Parteien, die als sogenannte „Rechtspopulisten“ häufig in einem Atemzug genannt werden, vergleichbare Wahlergebnisse in ihren jeweiligen Ländern: die „Alternative für Deutschland“ erhielt bei den Bundestagswahlen 12,6 % der Stimmen, die französische Partei *Front national* (heute: *Rassemblement national*) erzielte bei den Legislativwahlen 13,2 % der Stimmen. Beide Parteien fallen besonders durch Kritik an liberalen Werten, Migration und Eliten auf. Dass die beiden Parteien sich ideologisch nahestehen, zeigt sich auch dadurch, dass sie der gleichen Fraktion im Europarlament angehören<sup>1</sup>. Somit könnte man also allgemein annehmen, dass sich diese Gemeinsamkeiten auch in den Vorstellungen zur Familie und zu Geschlechterrollen widerspiegeln. Zwar scheint sich der *Front national* durch die weibliche Führungsübernahme von Marine le Pen modernisiert zu haben; und auch die AfD nutzt die homosexuelle Beziehung der Abgeordneten Alice Weidel als Aushängeschild für Toleranz. Jedoch scheint das klassische, konservative Bild der Geschlechterrollen und der Familie in beiden Parteien weiterhin als Leitbild zu fungieren.<sup>2</sup> Dies entspricht den Befunden einer Bandbreite an vergleichenden europäischen Studien zu rechtspopulistischen Parteien, die einen grundsätzlichen „Geschlechter-Traditionalismus“<sup>3</sup> oder auch eine Rückkehr zu traditionellen Frauenrollen mit ungleicher Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern innerhalb der Familien identifiziert haben<sup>4</sup>. Sie haben rechtspopulistische Parteien als strukturell misogyn befunden<sup>5</sup> und bescheinigen ihnen, im „Feminismus eine Nemesis“<sup>6</sup> zu sehen.<sup>7</sup> Generell merken die Autor\*innen Mayer et al. an, dass „*das wissenschaftliche Interesse*

---

<sup>1</sup> Neue Fraktion im Europaparlament- Gebündelte Kräfte von Rechtsaußen (13.06.2019),

<https://www.tagesschau.de/ausland/rechtsfraktion-eu-parlament-101.html> (abgerufen am 02.06.2020)

<sup>2</sup> Marine Le Pen répond à Têtu sur le Pacs <https://www.europe1.fr/emissions/Le-buzz-politique/Marine-Le-Pen-repond-a-Tetu-sur-le-Pacs-76940> (abgerufen am 02.06.2020)

Alice Weidel wagt die Flucht nach vorn (20.09.2017) <https://www.faz.net/aktuell/politik/bundestagswahl/alice-weidel-steht-zu-ihrer-homosexualitaet-15208786.html> (abgerufen am 03.06.2020)

<sup>3</sup> Sauer et al. *Exclusive Intersections. Constructions of Gender and Sexuality*. In: Lazarides, Gabrielle/Campani, Giovana (Hrsg.): *Understanding the Populist Shift: Othering in a Europe in Crisis*. New York 2016, S.104-121

<sup>4</sup> Norocel, Christian. *Our People a Tight-Knit Family Under the Same Protective Roof: A Critical Study of Gendered Conceptual Metaphors at Work in Radical Right Populism*. Dissertation, Department of Sociology, Universität Helsinki, 2013

<sup>5</sup> Inglehart, Ronald/Norris, Pippa. *Trump, Brexit, and the Rise of Populism: Economic HaveNots and Cultural Backlash*. In: Harvard Kennedy School. Faculty Research Working Paper Series, 2016

<sup>6</sup> Lang, Juliane. *Feindbild Feminismus. Familien- und Geschlechterpolitik in der AfD*. In: Conference Proceedings AfD und FPÖ, 2017, S. 61-78

<sup>7</sup> Für einen ausführlichen Überblick zum Forschungsstand siehe Dietze, Gabriele. *Rechtspopulismus Und Geschlecht. Paradox Und Leitmotiv*. In: *Femina Politica* 27, no. 1, 2018, S.34-46

an der Bedeutung von Geschlechterkonstruktionen und -verhältnissen für rechte populistische Parteien und Bewegungen in den letzten zehn Jahren stetig gewachsen ist“.<sup>8</sup>

Obwohl beide rechtspopulistische Parteien auch aus einer feministischen Forschungsperspektive zunehmend besser erforscht sind, lohnt sich ein direkter Vergleich beider Länder und Parteien. Gerade innerhalb der Vorschläge zu politischen Änderungen, die auf die Familie Auswirkungen haben, lassen sich Vorstellungen zur geschlechtlichen Rollenvorteilung besonders gut erkennen. So soll in dieser Arbeit folgender Frage nachgegangen werden: Wie unterscheiden sich das Familienbild und die Rollenvorstellungen in der Familienpolitik der Alternative für Deutschland und des *Front National*?

Zu diesem Zweck wird eine qualitative Inhaltsanalyse der Wahlprogramme beider Parteien von 2017 nach Mayering vorgenommen. Es soll in dieser Arbeit jedoch nicht nur um eine qualitative Untersuchung der konkreten Unterschiede in der Parteiprogrammatik gehen, sondern auch um deren Zusammenhang mit dem bestehenden politischen System. Somit fiel die Wahl auf ein theoretisches Modell, welches die möglichen Differenzen beider Parteien durch einen strukturellen Ansatz, der das generelle Gender – oder Geschlechterregime des Landes erfasst, erklären könnte. Die feministische Wohlfahrtsstaatenforschung ermöglicht genau diese Perspektive. Sie schließt an Esping-Anderssens Typologie der Wohlfahrtsstaaten von 1990 an und analysiert, welche Auswirkungen wohlfahrtsstaatliche Regime (beispielsweise finanzielle Unterstützung für Familien, Kinderurlaub, Elternzeit, Steuerregelungen) auf Geschlechterungleichheiten haben. Es gibt inzwischen eine Reihe verschiedener Typologien von wohlfahrtsstaatlichen Genderregimen, wie beispielsweise das der verschiedenen Typen -des männlichen Ernährermodells nach Jane Lewis oder das des *Care*-Regimes von Nancy Fraser, welches den Fokus auf die unbezahlte, von Frauen geleistete Sorgearbeit lenkt. -Aktuellere Studien analysieren verschiedene europäische Genderregime im Vergleich und kommen einheitlich zu dem Schluss, dass Deutschland und Frankreich trotz der gemeinsamen Klassifizierung als konservativer Typ bei Esping-Andersen nicht demselben Geschlechterregime entsprechen.<sup>9</sup> So lässt sich folgende Hypothese aufstellen: Die Unterschiede in der

---

<sup>8</sup> Mayer et al. *Mann, Frau, Volk. Familienidylle, Heteronormativität Und Femonationalismus Im Europäischen Rechten Populismus*. Feministische Studien 36.2, 2018, S. 270

<sup>9</sup> Kulawik, Teresa. *Wohlfahrtsstaaten und Geschlechterregime im internationalen Vergleich*, Freie Universität Berlin, 2005

/ Beckmann, Sabine. *Geteilte Arbeit? Männer Und Care-Regime in Schweden, Frankreich Und Deutschland*. 1. Auflage ed. Münster, 2008

/ Leitner, Sigrid. *Varianten Von Familialismus: Eine Historisch Vergleichende Analyse Der Kinderbetreuungs- Und Altenpflegepolitiken in Kontinentaleuropäischen Wohlfahrtsstaaten*. Duncker & Humblot Berlin, 2013

Parteiprogrammatik spiegeln die Unterschiede entsprechend des Geschlechterregimes des Landes wider.

Um o.g. Fragestellung sowie Hypothese nachzugehen, sollen in einem ersten Schritt die Schlüsselbegriffe der Familie und der Familienpolitik sowie die theoretischen Grundbausteine der feministischen Wohlfahrtstaatenforschung erklärt werden. Daraufhin soll eine konkrete Beschreibung der Genderregime von Deutschland und Frankreich erfolgen. In einem zweiten Schritt wird auf die Fallauswahl, Operationalisierung, Datengrundlage und die Methodik der Inhaltsanalyse eingegangen. In einem dritten Schritt werden schließlich die Ergebnisse der Inhaltsanalyse vorgestellt und diskutiert.

## 1. Theoretische Grundlagen

Im ersten Teil wird auf die wichtigen Konzepte und Begriffe eingegangen. Außerdem wird eine mögliche Einordnung der Genderregime von Deutschland und Frankreich gezeigt.

### 1.1 Einordnung der Alternative für Deutschland und des *Front National* als rechtspopulistische Parteien

Der niederländische Politikwissenschaftler Cas Mudde definiert Populismus als "*eine Ideologie, die davon ausgeht, dass die Gesellschaft in zwei homogene, antagonistische Gruppen getrennt ist, das 'reine Volk' und die 'korrupte Elite', und die geltend macht, dass Politik ein Ausdruck der volonté générale oder des allgemeinen Volkswillens sein soll.*"<sup>10</sup> Ihm „verdanken wir bis heute die beste vergleichende Gesamtdarstellung des europäischen Rechtspopulismus“.<sup>11</sup> Er setzt Rechtspopulismus mit der radikalen Rechten gleich, die sich zusätzlich zur oben genannten Definition durch zwei Merkmale definieren lässt. Zum einen durch Nativismus, was der Vorstellung entspricht, dass Staaten ausschließlich von der einheimischen Gruppe bewohnt werden sollten,<sup>12</sup> zum anderen durch Autoritarismus nach Adorno, welcher als eine allgemeine Veranlagung zur Verherrlichung, Unterwürfigkeit und Kritiklosigkeit gegenüber autoritativen

---

<sup>10</sup> Mudde, Cas. *The Populist Zeitgeist*. In: Government and Opposition, 39. 3, 2004, S. 543

<sup>11</sup> Decker, Frank. *Rechtspopulismus in Europa. Ein Überblick*. In: Hoffnung Europa - Die EU Als Raum Und Ziel Von Migration, 1st ed., Nomos Verlagsgesellschaft MbH & Co. KG, 2017, S. 186

<sup>12</sup> Mudde, Cas. *Populist Radical Right Parties in Europe*. Cambridge University Press, 2007, S. 19

Persönlichkeiten und eine Haltung der Bestrafung gegenüber den Außenstehenden der Gruppe im Namen einer moralischen Autorität betrachtet werden kann.<sup>13</sup>

Fest steht, dass es keine klare, einheitliche Definition von Rechtspopulismus und somit auch keine allseits akzeptierte Typologie von rechtspopulistischen Parteien gibt.<sup>14</sup> Gerade die Abgrenzung von Rechtspopulismus und Rechtsextremismus ist schwammig. Christine Panreck beschreibt beispielsweise, dass der *Front National* als extremistisch gelte, die AfD aber populistisch mit einigen extremistischen „Einsprengeln“<sup>15</sup> wäre.

Der Einfachheit halber kann man hier erneut auf Mudde zurückgreifen, um die Begriffe voneinander abzugrenzen: „*Rechtsextremismus ist grundsätzlich antidemokratisch, Rechtsradikalismus dagegen nicht*“.<sup>16</sup> Das wirft jedoch neue Fragen auf, da auch der AfD häufig antidemokratische Tendenzen vorgeworfen werden.<sup>17</sup> Somit wäre nach dieser Definition die ‚Alternative für Deutschland‘ gleichermaßen im rechtsextremen Spektrum einzuordnen.

Die Debatte um die Einordnung ist jedoch nicht das Hauptthema der hier vorliegenden Arbeit. Um sich also nicht in der Vielfalt der verschiedenen Definitionen und begrifflichen Abgrenzungen zu verstricken, bietet sich die Orientierung an einer minimalistischen Definition des Rechtspopulismus an, die die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg vorschlägt: „*Mit den beiden kurzen Formeln „Gegen-die-da-oben“ und „Gegen-die-da-draußen“ lässt sich das Kernkonzept rechtspopulistischer Parteien prägnant beschreiben*“.<sup>18</sup> Auch wenn das die Komplexität sehr zu reduzieren scheint, lässt sich damit doch eine gemeinsame Grundidee der beiden zu vergleichenden Parteien beschreiben. In einem späteren Abschnitt wird ausführlicher auf den Entstehungskontext und Entwicklung der beiden Parteien eingegangen.

---

<sup>13</sup> Mudde, Cas. *The Populist Zeitgeist*, S. 22

<sup>14</sup> Für einen Überblick verschiedener Typologien und Konzepte siehe Wolf, Tanja. *Rechtsextreme Und Rechtspopulistische Parteien in Europa*. Springer Fachmedien Wiesbaden, 2019 S. 46

<sup>15</sup> Panreck, Isabell-Christine. *Rechtspopulismus – historisches Phänomen, politischer Kampfbegriff, analytisches Konzept?* In: *Rechtspopulismus in Einwanderungsgesellschaften*. Springer VS Wiesbaden, 2019, S. 25

<sup>16</sup> Wolf, Tanja. *Rechtsextreme Und Rechtspopulistische Parteien in Europa*, S. 46

<sup>17</sup> AfD-Wähler antidemokratisch und antisemitisch geprägt (25.02.2020)

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/studie-afd-waehler-sind-antidemokratisch-und-antisemitisch-gepraegt-16650970.html>, (letzter Zugriff am 10.06.2020)

<sup>18</sup> Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. *Rechtspopulismus* In: *Bürger & Staat*, 1. Heft, 2017, S. 2

## 1.2 Familie, Familienpolitik und Geschlechterungleichheiten

Die Familie wird vom statistischen Bundesamt als „*alle existierenden Eltern-Kind Gemeinschaften*“<sup>19</sup> erfasst. Eine Wohngemeinschaft, ein Single-Haushalt, Lebenspartner\*innen oder Ehepartner\*innen bilden nach dieser Definition keine Familie, da es immer mindestens zwei Generationen zu erfordern scheint. In der hier vorliegenden Arbeit soll es aber auch im weiteren Sinn um genau die Frage gehen: Wer darf zusammenleben und eine Familie gründen, bzw. sich als solche bezeichnen?

So soll der Begriff der Familie erweitert werden, da „Familienpolitik“, nach der Definition der Bundeszentrale für politische Bildung, nämlich nicht nur Eltern-Kind Gemeinschaften betrifft. Sie definiert diese wie folgt: „*Die deutsche Familienpolitik ist ein zentraler Bestandteil der Gesellschaftspolitik. Sie versucht das Zusammenleben von Paaren, das Leben mit Kindern und den Generationenzusammenhang zu unterstützen*“.<sup>20</sup>

Das generelle Zusammenleben von Paaren umfasst aber auch die rechtlichen Regelungen, die kinderunabhängig sind. Das ermöglicht, den Begriff der „Familie“ auch auf Lebensgemeinschaften zwischen zwei Menschen ohne Kinder auszuweiten. Auf dieser konzeptionellen Grundlage sollen in dieser Arbeit die Haltungen der beiden rechtspopulistischen Parteien beispielsweise auch zu gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften und Ehen erfassen werden. Auch ermöglicht die Erweiterung des Begriffs der Familie und die Unschärfe des Begriffs der Familienpolitik,<sup>21</sup> dass auch weitere kinderunabhängige Regelungen wie das deutsche „Ehegattensplitting“ als Teil der Familienpolitik analysiert werden können.

Auch Dirk Hofäcker beschreibt Familienpolitik als einen sehr unscharfen Begriff, der in den Sozialwissenschaften auch unter Expert\*innen umstritten ist.<sup>22</sup> Eine erste Eingrenzung kann durch die Ausblendung von nicht-staatlichen Akteuren, Marktinstitutionen und informellen

---

<sup>19</sup> Statistisches Bundesamt: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/HaushalteFamilien/Glossar/familien.html#:~:text=Die%20Familie%20umfasst%20im%20Mikrozensus,mit%20ledigen%20Kindern%20im%20Haushalt> (abgerufen am 07.06.2020)

<sup>20</sup> Bundeszentrale für politische Bildung: <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/202020/familienpolitik> (abgerufen am 07.06.2020)

<sup>21</sup> Jurczyk, Karin. *Neue Familienpolitik und Geschlechterverhältnisse*. In: Böllert K., Oelkers N. (eds.): *Frauenpolitik in Familienhand?* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2010, S. 57-78, S. 57

<sup>22</sup> Hofäcker, Dirk. *Typen europäischer Familienpolitik -Vehikel oder Hemmnis für das "adult worker model"?* In: Leitner, Sigrid/ Ostner, Ilona/ Schratzenstaller, Margit (Hrsg.). *Wohlfahrtsstaat Und Geschlechterverhältnis Im Umbruch: Was Kommt nach Dem Ernährermodell?* Wiesbaden: VS Verlag Für Sozialwissenschaften, 2004, S. 257-284, S.258



Netzwerken und die reine Analyse der „direkten Maßnahmen des Staates“<sup>23</sup> erfolgen. Wichtig sind für die feministische Wohlfahrtsstaatenforschung vor allem zwei Aspekte der staatlichen Politik: Zum einen die Unterscheidung zwischen den indirekten und direkten monetären Transfers an Familien (beispielsweise die steuerlichen Entlastungen und das Kindergeld) und zum anderen die Regelungen und Infrastrukturen für Familien (beispielsweise der Betreuungsurlaub und das Angebot der staatlichen Kinderbetreuung).

In einem zweiten Schritt kann die staatliche Familienpolitik wie folgt definiert werden: „Familienpolitik zielt vorrangig auf die Förderung und Unterstützung von Familie als dem für die Gesellschaft (und deren soziale Verfasstheit) konstitutivem Lebenszusammenhang.“<sup>24</sup> Die Familie ist sozusagen die kleinste Verwaltungseinheit und bildet den Kern der Gesellschaft. Sie ist nicht frei von Geschlechtervorstellungen, sondern hängt von einem politischen Leitbild ab. Wie Jurczyk weiter argumentiert, trägt Familienpolitik somit entscheidend zur Konstruktion der Geschlechterverhältnisse bei.<sup>25</sup>

Das Familienbild, also die Vorstellung davon, wie die ideale Familie auszusehen hat, ist demnach eng verknüpft mit der Vorstellung von Geschlechterrollen oder Geschlechterbildern.<sup>26</sup> Die Familienpolitik und das ihr zugrunde liegende Familienbild kann nicht ohne eine Betrachtung der Vorstellungen zu Geschlechterrollen analysiert werden. Somit ist Familienpolitik auch eng verknüpft mit Frauen- und Gleichstellungspolitik, sie sind sogar manchmal identisch. Anreize beispielsweise zur partnerschaftlichen Teilung von Kinderbetreuung, die dazu führen sollen, dass mehr Väter in Elternzeit gehen, sind sowohl Familienpolitik als auch Frauen- und Gleichstellungspolitik.

In diesem erweiterten Verständnis von Familienpolitik als Mischung aus Familien-, Frauen- und Gleichstellungspolitik soll die Positionierung der beiden rechtspopulistischen Parteien vollzogen werden: Welche Vorstellungen zu Geschlechterrollen, welches Leitbild der Familie lässt sich erkennen? Die beiden Parteiprogramme werden hinsichtlich ihrer Vorschläge zu staatlichen Maßnahmen sowie zu Änderungen der rechtlichen Regelungen untersucht. Um zu verstehen, inwieweit diese Vorschläge einem bereits bestehenden System von Familienpolitik entsprechen, muss auf das wohlfahrtstaatliche Regime von Deutschland und Frankreich näher eingegangen werden.

---

<sup>23</sup> Ebd., S. 261

<sup>24</sup> Jurczyk, Karin. *Neue Familienpolitik und Geschlechterverhältnisse*, S.57

<sup>25</sup> Ebd., S.58

<sup>26</sup> Ebd., S.58

### 1.3 Feministische Wohlfahrtsstaatenforschung

Die Forschung zu Genderregimen entstand als feministische Erweiterung der vergleichenden wohlfahrtsstaatlichen Forschung von Esping-Andersen 1990. Er entwickelte in „the three worlds of welfare capitalism“ eine Typologie der Wohlfahrtsstaaten. Die Grundidee ist, dass ein Staat ein Wohlfahrtsstaat ist, wenn er für eine Minimallebenssicherung seiner Bewohner\*innen aufkommt<sup>27</sup>. Jedoch variiert die Qualität der wohlfahrtsstaatlichen Leistungen anhand mehrerer Faktoren: Auf der einen Seite hängt sie ab vom Grad an Dekommodifizierung, also davon, inwieweit Menschen unabhängig von ihrer Marktposition Zugang zu Sozialleistungen haben<sup>28</sup>. Auf der anderen Seite hängt die Qualität ab vom Grad der Stratifikation, also von den Auswirkungen der politischen Maßnahmen auf die verschiedenen Gesellschaftsschichten<sup>29</sup>. Zusätzlich erfolgt die Kategorisierung eines Regimes nach „the ways in which welfare production is allocated between state, market, and households“<sup>30</sup> also nach dem Verhältnis oder dem Zusammenspiel von Staat, Markt und Familie. Feministische Forscher\*innen kritisierten, dass dieses Modell die Auswirkungen auf Geschlechterungleichheiten nicht mitberücksichtigt, und entwickelten diese Typologie weiter. Die ersten feministischen Forschungen gruppierten Wohlfahrtsstaaten danach, „inwieweit sie die Erwerbsteilhabe von (Ehe-) Frauen und besonders Müttern wohlfahrtsstaatlich unterstützen bzw. nach dem Grad der individuellen sozialen Sicherung.“<sup>31</sup> Sie zeigten, dass der Wohlfahrtsstaat und seine Leistungen vergeschlechtlicht sind und somit auf bestimmten Werten und Rollenmodellen beruhen. Während die ersten Studien sich hauptsächlich auf die Frauenerwerbstätigkeit auf dem Arbeitsmarkt konzentrierten, beschäftigte sich ab dem Ende der 1990er Jahre die Forschung auch mehr mit den Auswirkungen wohlfahrtsstaatlicher Politik auf die Partizipation von Männern an der Haus- und Familienarbeit.<sup>32</sup> So kritisierte vor allem Diane Sainsbury 1996, dass auch die unbezahlte, im Privaten geleistete Sorgearbeit Produkt des vergeschlechtlichten Wohlfahrtsstaates wäre.<sup>33</sup>

---

<sup>27</sup> Esping-Andersen, Gosta. *The Three Worlds of Welfare Capitalism*. Cambridge: Polity Press, 1990 S. 18-19

<sup>28</sup> Bundeszentrale für politische Bildung: <https://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verhaeltnisse-eine-sozialkunde/138404/glossar?p=24> (abgerufen am 15.07.2020)

<sup>29</sup> Beckmann, Sabine. *Geteilte Arbeit? Männer Und Care-Regime in Schweden, Frankreich Und Deutschland* S.24

<sup>30</sup> Esping-Andersen, Gosta. *The Three Worlds of Welfare Capitalism*, S. 73

<sup>31</sup> Betzelt, Sigrid. *Gender Regimes: Ein Ertragreiches Konzept Für Die Komparative Forschung; Literaturstudie*. Bremen: Zentrum für Sozialpolitik 2007, S. 9

<sup>32</sup>Vgl. Beckmann Sabine. *Geteilte Arbeit*, S. 15

<sup>33</sup> Ebd. S. 30

Der Ansatz von Jane Lewis kategorisiert die Länder in starke bis schwache *male breadwinner models*.<sup>34</sup> Die Staaten wurden danach kategorisiert wurden, wie eng die sozialen Leistungssystem auf dem Leitbild des männlichen Ernährersystems beruhen. Dieses Modell ist im Laufe der Zeit weiterentwickelt worden. So argumentieren beispielsweise Leitner et al, dass durch die seit den 1990er Jahre stetig gewachsene Einbindung der Frauen in den Arbeitsmarkt eher inzwischen das *dual breadwinner model* in den westlichen Ländern überwiegt. Jedoch geht dies nicht zwangsläufig mit einer Minderung der geschlechtlichen Ungleichheiten einher, da gerade die Präkarisierung der zum Großteil von Frauen ausgeübten Berufe auf dem Arbeitsmarkt weiterhin geschlechterspezifische Ungleichheiten reproduziert.<sup>35</sup>

Auch die Ansätze zur Fürsorgearbeit haben sich weiterentwickelt. Die *Care*-Regime-Forschung betrachtet den Zusammenhang von *Care*-Arbeit und Erwerbstätigkeit als das Bindeglied zwischen dem Wohlfahrtsstaat und den Geschlechterverhältnissen und hat somit viel von dem von Lewis entwickeltem Ansatz übernommen<sup>36</sup>. Ein *Care*-Regime kann allgemein dadurch definiert werden, wie Fürsorgearbeit in der Gesellschaft institutionalisiert ist.<sup>37</sup> Grundidee ist hier, dass der Grad an Familialismus, also die Höhe der durch die Familie geleistete *Care*-Arbeit, ausschlaggebend sein kann für die Geschlechterungleichheiten<sup>38</sup>. Die staatliche Übernahme von *Care*-Arbeit wirkt sich eher positiv auf Geschlechtergleichheit aus, während re-familiarisierende Maßnahmen, die stärker die Familie einbinden, sich eher negativ auswirken. Das hängt damit zusammen, dass ohne staatliches Eingreifen (wie zum Beispiel durch das Schaffen von Anreizen für geteilte Elternzeit) die private *Care*-Arbeit eher von den Frauen als den Männern übernommen wird, was wiederum auf die immer noch dominierenden Rollenvorstellungen zurückzuführen ist.<sup>39</sup> Die Wohlfahrtsstaaten werden also anhand ihrer sozial- und familiären Infrastruktur und finanziellen Unterstützung sowie Regelungen und Gesetzen zur *Care*-Arbeit sowie deren Auswirkungen auf die Geschlechterperspektive verglichen.

---

<sup>34</sup> Beckmann Sabine. *Geteilte Arbeit*, S.2

<sup>35</sup> Leitner, Sigrid/ Ostner, Ilona/ Schratzenstaller, Margit (Hrsg.). *Wohlfahrtsstaat Und Geschlechterverhältnis Im Umbruch: Was Kommt nach Dem Ernährermodell?* Wiesbaden: VS Verlag Für Sozialwissenschaften, 2004, S. 15

<sup>36</sup> Betzelt, Sigrid. *Gender Regimes: Ein Ertragreiches Konzept Für Die Komparative Forschung*, S.11

<sup>37</sup> Beckmann, Sabine. *Geteilte Arbeit?* S. 73

<sup>38</sup> Leitner, Sigrid. *Varianten Von Familialismus*, S.367

<sup>39</sup> Häusermann, Silja. *The multidimensional politics of social investment in conservative welfare regimes: family policy reform between social transfers and social investment*. In: *Journal of European Public Policy* 25 (6), 2018, S. 865

## 1.4 Genderregime in Deutschland und in Frankreich

Analysen der 2000er Jahre zeigen, dass Deutschland eher dem starken Ernährermodell entspricht, während Frankreich dem moderaten Typus entspricht, da die „Müttererwerbstätigkeit relativ hoch ist (...) und die pronatalistische Familienpolitik, die nicht ehe-, sondern geburtenfördernd ausgerichtet ist, sich weitgehend neutral gegenüber Familienformen verhält, indem sie sowohl Verheirateten wie auch allein Erziehenden relativ großzügige kindesbezogene Leistungen gewährt“. <sup>40</sup>

Aktuellere Studien zu den *Care*-Regimen von Beckmann aus dem Jahr 2008 und Leitner aus dem Jahr 2013 zeigen ähnliche Ergebnisse auf, jedoch durch verschiedene Ansätze. Beckmann analysiert die *Care*-Regime von Schweden, Deutschland und Frankreich hinsichtlich ihrer Entwicklung der geschlechter- und familienbezogenen Sozialpolitik. Dazu hinterfragt sie die wohlfahrtstaatlichen Gesetze auf Geschlechter – und Familienleitbilder, erstellt einen Vergleich von Männern und Frauen in Bezug auf ihr Zeitaufkommen für Haushalt und Pflege, auf die Inanspruchnahme von Elternzeit, auf die Erwerbsquoten und betrachtet anschließend die Arbeitszeitmodelle sowie die staatlichen Konzepte für Kinderbetreuung. <sup>41</sup> Sie kommt zu folgendem Schluss: Die öffentliche Kinderbetreuung in Frankreich gehört zu einer der besten weltweit. Es kam in Frankreich zu einem „Paradigmenwechsel des Leitbildes der Frau als Hausfrau zur Erwerbsperson“<sup>42</sup>, und somit entspricht Frankreich dem *Dual breadwinner model*. Dieser Paradigmenwechsel fußt nicht auf einer Änderung des Familien- und Frauenbildes, sondern hauptsächlich auf dem politischen Wunsch nach einer Erhöhung der Geburtenrate. Dadurch lässt sich auch der Neutralitätsanspruch der Familienpolitik gegenüber den Doppel- oder Alleinverdienern erklären. Jedoch ist *Care* immer noch kein Thema der Sozialpolitik, und so ist die Vereinbarkeit von Familie, Haushalt und Beruf privat immer noch ein „Frauenthema“ <sup>43</sup>.

Deutschland hat im Vergleich dazu eines der schlechtesten öffentlichen Kinderbetreuungssysteme in Europa.<sup>44</sup> Anstatt die öffentliche Infrastruktur auszubauen, setzt Deutschland auf eine frühkindliche Betreuung in der Familie, die jedoch durch Anreize partnerschaftlicher aufgeteilt werden soll. Obwohl immer mehr Väter das Elterngeld

---

<sup>40</sup>Kulawik, Teresa. *Wohlfahrtsstaaten und Geschlechterregime im internationalen Vergleich*, S.5

<sup>41</sup> Beckmann, Sabine. *Geteilte Arbeit?* S. 77

<sup>42</sup> Ebd. S. 168

<sup>43</sup> Ebd. S. 171

<sup>44</sup> Ebd. S. 199

beanspruchen und dadurch mehr *Care*-Arbeit übernehmen, befindet sich Deutschland noch in seiner Entwicklung von dem Modell des „Hauptnährers mit Zuverdienerin in Teilzeit“<sup>45</sup> hin zum *Dual breadwinner model*, da weiterhin Regelungen wie das Ehegattensplitting eine dauerhafte Vollerwerbstätigkeit beider Eheleute ausbremsen.

Ähnliche Befunde beschreibt auch Sigrid Leitner in ihrer Studie zu Varianten des *Care*-Regimes in Europa von 2013. Im Zentrum ihrer Forschung steht der Grad an Familialismus, den sie als „institutionalisiertes System des Rückgriffs auf die Pflege- und Betreuungsarbeit der Familie“<sup>46</sup> definiert. Sie vergleicht die politischen Maßnahmen und Regelungen zur Kinder- und Altenpflege von Österreich, Deutschland und Frankreich. Dabei unterscheidet sie zwischen Maßnahmen, die auf dem Ausbau der staatlichen Infrastruktur beruhen (de-familiarisierend) und Maßnahmen, die die Familie stärker fordern (re-familiarisierend) sowie deren Auswirkung auf die Geschlechterperspektive. Beispielsweise ist eine Erhöhung des Elterngeldes für die Betreuung zu Hause eine re-familiarisierende Maßnahme, die sich jedoch positiv auf die Geschlechtergleichheit auswirken kann, wenn diese mit Anreizen zur partnerschaftlichen Teilung einhergeht. Leitner schlussfolgert für Deutschland, dass „empirisch (noch) nicht von einem Aufbrechen der traditionellen Zuständigkeit von Müttern für die Kinderbetreuung gesprochen werden kann“<sup>47</sup>, jedoch auf der anderen Seite die de-familiarisierenden Strukturen weiter ausgebaut werden. Die gleiche Schlussfolgerung zieht die Autorin für die Altenpflege.

Für Frankreich zieht die Autorin das Fazit, dass inzwischen re-familiarisierende Maßnahmen (z.B. Erziehungsgeld) erwerbstätigen Müttern den zeitweisen Ausstieg ermöglichen und so in Frankreich der Familialismus optional scheint. Jedoch ist auch dieser optionale Familialismus geschlechtersegregierend.<sup>48</sup> In der Altenpflege hingegen sieht die Autorin einen großen Bedarf an Ausbau der Infrastruktur. Für Frankreich muss ein weiterer Punkt der Vollständigkeit wegen angesprochen werden: der Familialismus stellt eine schichtspezifische Möglichkeit für einkommensstarke Haushalte dar, wird jedoch wenig von Alleinerziehenden und einkommensschwachen Haushalten genutzt.

So kann man als Fazit festhalten: Der Ausbau der staatlichen Infrastruktur in Frankreich ermöglichte eine größere Erwerbstätigkeit der Frauen und somit eine weniger zentrale Rolle

---

<sup>45</sup> Ebd. S. 248

<sup>46</sup> Leitner, Sigrid. *Varianten Von Familialismus*, S. 16

<sup>47</sup> Leitner, Sigrid. *Varianten Von Familialismus*, S.124

<sup>48</sup> Ebd. S.150

der Familie und der Frauen in der *Care*-Arbeit als in Deutschland. Im privaten Bereich der Familie jedoch scheinen traditionellere Rollenverteilungen in beiden Ländern weiterhin verankert, obwohl in Deutschland mehr Anreize für partnerschaftliche Teilung der *Care*-Arbeit gesetzt werden als in Frankreich. Dies kann man am Beispiel des Elterngeldes sehen: Elternzeit kann in Deutschland bis zu drei Jahre lang dauern, und das Elterngeld beträgt zwischen 300-1800 Euro im Monat. Seit der Einführung des Partnerschaftsbonus,<sup>49</sup> der bei einer partnerschaftlichen Aufteilung den Zeitraum und die Höhe des Elterngeldes um vier Monate verlängert, hat sich der Anteil der Väter, die in Elternzeit gehen, von 3% auf 37% erhöht.<sup>50</sup>

Die Elternzeit in Frankreich beträgt seit der Reform von 2015 für das erste Kind 6 Monate mit der Möglichkeit, diese auf ein Jahr zu verlängern, sollte die Zeit partnerschaftlich aufgeteilt werden. Sie wird mit 396 Euro pro Monat unterstützt. Trotz dieser Reform der Elternzeit von 2015, die eigentlich egalitär wirken sollte, gehen weiterhin nur 4,4% der Väter in Elternzeit.<sup>51</sup>

## 2. Vergleichendes Forschungsdesign

Im Folgenden sollen im vergleichenden Forschungsdesign zwei Parteien aus zwei verschiedenen Ländern verglichen werden.

### 2.1 Fallauswahl

Da Frankreich und Deutschland beide dem konservativen Typ in Esping-Andersen Wohlfahrtstaamentypologie zugeordnet wurden,<sup>7</sup> und in beiden Ländern Parteien existieren, die als rechtspopulistisch bezeichnet werden, könnte man von einem *most similar case design* nach Prezworski und Teune sprechen.<sup>52</sup> Jedoch wurde im vorherigen Kapitel gezeigt, dass beide Länder einem unterschiedlichem Geschlechterregime entsprechen. Es gibt also nicht nur eine Variable, dessen Auftreten oder Abwesenheit den Unterschied im Ergebnis erklärt. Vielmehr ist

---

<sup>49</sup> BMFSFJ: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/familie/familienleistungen/elterngeld/elterngeld-und-elterngeldplus/73752> (abgerufen am 15.08.2020)

<sup>50</sup> Vgl. *Warum Väter weniger Elternzeit nehmen als Mütter* (28.08.2019) <https://www.spiegel.de/karriere/studie-des-diw-vaeter-meiden-elternzeit-wegen-beruflicher-und-finanzieller-nachteile-a-1284051.html> (abgerufen am 15.08.2020)

<sup>51</sup> Vgl. *Congé parental : une réforme prévue avant la fin du quinquennat* (17.05.2018) : <https://www.europe1.fr/societe/conge-parental-une-reforme-prevue-avant-la-fin-du-quinquennat3655454#:~:text=Depuis%20janvier%202015%2C%20la%20r%C3%A9forme,an%20pour%20l'autre.> (abgerufen am 15.08.2020)

<sup>52</sup> Pickel, S. *Methodologische Grundlagen des politikwissenschaftlichen Vergleichs und Vergleichsdesigns*. In: Lauth HJ., Kneuer M., Pickel G. (Hrsg.) *Handbuch Vergleichende Politikwissenschaft*. Wiesbaden, Springer Fachmedien 2015, S. 18

es die Ausprägung der unabhängigen Variablen ‚Geschlechterregime‘, die die abhängige Variable ‚Familienbild und Geschlechterrolle‘ erklären soll.

### 2.1.1 Rechtspopulistische Partei Frankreich: Le Front national (heute RN)

Der *Front national* wurde 1972 von Jean-Marie Le Pen gegründet und erzielte ab den 1980er Jahren erste Wahlerfolge.<sup>53</sup> Während in dieser Zeit vor allem eine feindliche Haltung gegenüber Multikulturalismus und Migration die Programmatik bestimmte, kamen ab den 2000er Jahren auch euroskeptische und Antiglobalisierungs-Haltungen hinzu.<sup>54</sup> 2011 übernahm die Tochter des Gründers, Marine Le Pen, den Parteivorsitz. Wie Stokemer darlegt, habe sich unter Marine Le Pen vor allem die Rhetorik zu einem „*republican discourse*“ verändert, welcher Antisemitismus ablehnt und auf eine korrekte Ausdrucksweise achtet.<sup>55</sup> Dieser Faktor, kombiniert mit einem sozialistisch-nationalistischem Wirtschaftsprogramm, ermöglichte ihr, mit dem *Front national* 2014 und 2017 beeindruckende Wahlergebnisse einzuholen. Inzwischen ist es die Partei, die in Bezug auf die Mitgliederzahl an dritter Stelle in Frankreich steht.<sup>56</sup> Im Zuge ihrer Reform des *Front national* nannte Marine Le Pen die Partei auch in *Rassemblement national* um.

### 2.1.2 Rechtspopulistische Partei Deutschland: die AfD

Die AfD wurde 2013 gegründet. Stand am Anfang das Thema der Eurokrise im Zentrum, wurde es ab 2015 durch die Themen Flucht und Migration abgelöst. Die AfD positionierte sich erfolgreich gegen den Islam, gegen Migration und für eine Erhaltung einer „deutschen Leitkultur“. <sup>57</sup> So ist die Partei inzwischen in allen Landtagen vertreten und zog 2017 auch in den Bundestag ein. Ähnlich wie die meisten rechtspopulistischen Parteien verhält sich auch die AfD kritisch gegenüber der EU und der Globalisierung.<sup>58</sup> Anders als der FN unter Marine Le Pen ist die AfD jedoch weniger stark auf eine Führungsrolle organisiert. Innerhalb der Parteien sind verschiedene Strömungen präsent,<sup>59</sup> wie zum Beispiel der völkisch-nationalistische ‚Flügel‘, der vom Bundesverfassungsschutz im April 2020 als Beobachtungsfall eingestuft wurde und

---

<sup>53</sup> Decker, Frank. *Rechtspopulismus in Europa*. S.188

<sup>54</sup> Lüter, Albrecht. *Rechtspopulismus Und Rechtsextremismus in Europa*. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 27, no. 2, 2014, S. 110

<sup>55</sup>Stokemer, Daniel. *The Front National in France*. Cham: Springer International Publishing AG, 2017, S.3

<sup>56</sup> Ebd., S. 4

<sup>57</sup> Decker, Frank. *Rechtspopulismus in Europa*.S.189

<sup>58</sup>Friedrich-Ebert-Stiftung. *Triumph der Frauen – the female face of the far right in Europe*, Berlin, 2018, S. 18

<sup>59</sup>Plehwe, Dieter *Alternative für Deutschland, Alternativen für Europa?* In: Hentges G., Nottbohm K., Platzer HW. (Hrsg.) *Europäische Identität in der Krise? Europa – Politik – Gesellschaft*. Springer VS, Wiesbaden 2017, S. 64

inzwischen aufgelöst wurde.<sup>60</sup> Diese Heterogenität in der Partei führte für diese Arbeit zu der Entscheidung, die Analyse auf die Wahlprogramme zu beschränken: Damit ist ausgeschlossen, dass Meinungen von einzelnen Parteimitgliedern wiedergegeben werden. Im Fokus steht die generelle Haltung der Partei im Ganzen.

## 2.2 Datengrundlage und Operationalisierung

Die Datengrundlage bilden die beiden Wahlprogramme des Jahres 2017. Für den *Front national* sind das die ‚144 engagements présidentiels‘ von Marine Le Pen für die Präsidentschaftswahlen, für die AfD das ‚Programm für Deutschland‘ für die Bundestagswahlen. Da es in Frankreich kein gesondertes Wahlprogramm für Präsidentschafts- und Legislativwahlen des FN gab, galten die ‚144 engagements présidentiels‘ für die beiden kurz aufeinander folgenden Wahlen.<sup>61</sup> Somit können die beiden Parteiprogramme durchaus verglichen werden, auch wenn das der AfD mit 76 Seiten deutlich länger ist als das Programm des FN, das 24 Seiten umfasst.

Die Einbettung des Materials in den Kommunikationszusammenhang<sup>62</sup>, was Mayering als ersten Schritt für eine qualitative Inhaltsanalyse vorschlägt, scheint somit für diese Datengrundlage eher unkompliziert. Wahlprogramme sind ein Mittel der politischen Kommunikation der Ziele und Positionen einer Partei an eine potenzielle Wählerschaft.<sup>63</sup> So richten sich beide Materialien an dieselbe Zielgruppe ‚Wähler\*innen‘.

## 3. Datenanalyse und Diskussion

Wie Mayering weiterhin beschreibt, stehen im Zentrum der qualitativen Inhaltsanalysen die Kategorien, beziehungsweise die Zuordnung der Datengrundlage in Kategorien.<sup>64</sup> Auf diese und die daraus folgende Inhaltsanalyse soll in diesem Kapitel eingegangen werden.

---

<sup>60</sup> Erwiesen rechtsextrem (01.04.2020): <https://www.tagesschau.de/inland/afd-fluegel-verfassungsschutz-101.html> (17.08.2020)

<sup>61</sup> Achin, Catherine & Lévêque, Sandrine. *Jupiter Is Back: Gender in the 2017 French Presidential Campaign.* French politics, Vol.3 (15), 2017, S. 289

<sup>62</sup> Mayring, Philipp. *Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen Und Techniken*, überarbeitete Auflage ed. Weinheim, 2015, S. 603

<sup>63</sup> Internetseite der Bundeszentrale für politische Bildung: <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-in-einfacher-sprache/250120/wahlprogramm> (abgerufen am 22.08.2020)

<sup>64</sup> Mayering, Philipp. *Qualitative Inhaltsanalyse*, S. 603



### 3.1. Kategoriendarbeit

Aufgrund der Bandbreite an Forschungsarbeiten sowohl zu Genderregimen in Deutschland und Frankreich als auch an qualitativen Inhaltsanalysen der Parteiprogramme rechtspopulistischer Parteien hinsichtlich ihrer Genderperspektive, wurde in einem ersten Schritt deduktiv vorgegangen und durch Rückkoppelung die Kategorien überarbeitet und verändert. Ziel war es, die Vorschläge der Parteien hinsichtlich der Merkmale der Genderregime (Kindergeld, Elternzeit) zu untersuchen. Zusätzlich kamen noch die Vorstellungen zur Familie, zur Ehe und zu Frauen- und Gleichstellungspolitiken hinzu.

Als sehr große Orientierungshilfe diente hier die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung „Triumph der Frauen – the female face of the far right in Europe“ von 2018. Diese Studie analysiert sowohl die Parteiprogramme hinsichtlich ihrer Frauen-, Geschlechter- und Familienpolitik als auch die Anzahl von Frauen in der Partei und die Anzahl weiblicher Wählerinnen in Bezug auf sechs verschiedene rechtspopulistische Parteien in Europa.

### 3.2 Qualitative Analyse und Interpretation

Obwohl sich die Länge der beiden Parteiprogramme stark unterscheidet, weisen sie doch viele formale Ähnlichkeiten auf. Die Sätze sind kurz und knapp formuliert, jeder Punkt beziehungsweise Unterpunkt ist ein neuer politischer Vorschlag. Jedoch ist das Programm der AfD deutlich ausführlicher, während das des FN häufig plakative Andeutungen macht, ohne konkret auf die Umsetzung der Vorschläge einzugehen. Es lassen sich auf den ersten Blick jedoch auch einige inhaltliche Gemeinsamkeiten ausmachen.

Beide Parteien lehnen die ‚Ehe für alle‘ ab. Während der *Front national* in seinem Programm die gleichgeschlechtlichen Ehen abschaffen und wieder die französische eingetragene Lebenspartnerschaft (PACS) einführen will (FN 87), bezieht die AfD nicht konkret Position. Dies liegt daran, dass das Wahlprogramm am 22./23. April 2017 beschlossen wurde, und die ‚Ehe für alle‘ in Deutschland erst im Juni 2017 eingeführt wurde. Trotzdem kann folgender Satz aus dem Programm als abwehrende Haltung gegenüber der Erweiterung des Ehebegriffs auf gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften gedeutet werden: „Die AfD will das vom Grundgesetz geschützte und bewährte Leitbild der Ehe und traditionellen Familie mit Kindern bewahren und stärken“ (AfD 7.2). Somit konstruieren beide Parteien das ideale Familienbild als ein heterosexuelles.

Beide Parteien setzen sich zudem für eine Erhöhung der Geburtenrate ein. Zwar geht der FN nicht auf konkrete Maßnahmen ein, jedoch betont er, dass Herkunft eine wichtige Größe für das Gelingen des Bevölkerungswachstums ist: „*Mettre en oeuvre une vraie politique nataliste réservée aux familles françaises*“ (FN 55, dt: Umsetzung einer echten natalistischen Politik, die den französischen Familien vorbehalten ist, Übersetzung A.S.) Genau so schreibt die AfD, dass „Maßnahmen zur mittelfristigen Erhöhung der Geburtenrate der einheimischen Bevölkerung unverzichtbar wären“ (AfD 7.1). Die Familie, die die AfD und der *Front national* fördern wollen, ist die der ‚ur‘ deutschen bzw. die mit französischer Herkunft – wer immer damit genau gemeint ist. In dieser Logik sehen beide Parteien den Familiennachzug (vgl. AfD 5.7) bzw. „regroupement familial“, (FN 26) sowie den Erwerb der Staatsbürgerschaft durch Geburt als Bedrohung für die „einheimische Bevölkerung und das Sozialsystem“. (vgl. FN 27 und AfD 4.1).

Ansonsten stößt man gerade in Marine Le Pens Programm nur verstreut auf weitere Hinweise zur Familienpolitik. Es geht um viele steuerliche Regelungen, die die Familien betreffen. Der erste Vorschlag betrifft die Anhebung der Deckelung des Familienquotienten (vgl. FN 54). Der Familienquotient berechnet, wie viele Individuen Teil eines Haushaltes sind und somit wie hoch die Steuern sind, die pro Familie gezahlt werden müssen. Jedes zusätzliche Kind bringt einen steuerlichen Vorteil.<sup>65</sup> Die Deckelung des Familienquotienten dient dazu, diesen Vorteil einzuschränken. Eine Anhebung würde also gerade Familien mit vielen Kinder entlasten und kann als Teil dieser pro-natalistischen Politik interpretiert werden. Ähnlich sind auch die Vorschläge 2 und 3, die die Wiedereinführung des halben Freibetrags für Verwitwete und die Steuerbefreiung der Altersrenten für Eltern mit vielen Kindern. (vgl. FN 54.2) sowie die Erhöhung steuerfreier Schenkungen innerhalb der Familie (vgl. FN 56) betreffen. Aus diesen Vorschlägen lassen sich keine Vorstellungen zu Geschlechterrollen ablesen, jedoch lässt sich das Ideal der kinderreichen Familie durch Unterstützung und finanzielle Entlastung erkennen.

Ein weiterer Vorschlag zur Familienpolitik betrifft die Streichung der Sozialhilfen an Eltern von jugendlichen Kriminellen (vgl. FN 18), der, wie die Friedrich-Ebert-Stiftung zeigt, vor allem Familien mit Migrationshintergrund treffen würde.<sup>66</sup>

---

<sup>65</sup> Institut de l'entreprise : <http://archives.institut-entreprise.fr/reflexions/societal/blog/la-cellule-de-chiffre/marine-le-pen/revenir-sur-la-baisse-du-quotient> (abgerufen am 23.08.2020)

<sup>66</sup> FES *Triumph der Frauen – the female face of the far right in Europe* S. 55

Ganz ähnlich ist auch erstaunlicherweise der einzige Punkt zum Frauenrecht konstruiert: *„Verteidigung der Rechte der Frauen: Kampf gegen den Islamismus, der ihre Grundfreiheiten untergräbt; Erstellung eines nationalen Plans für Lohngleichheit und Bekämpfung von prekären Arbeitsverhältnissen und sozialer Unsicherheit“* (vgl. FN 9). An erster Stelle steht hier die Bedrohung durch den ‚radikalen Islamismus‘ und der vermeintliche Schutz der Frau. Die anschließend erwähnten Vorschläge zur Lohngleichheit und den besseren Arbeitsverhältnissen sind überraschend, v.a. weil in einem späteren Vorschlag aktive Gleichstellungspolitiken wie *„Positive Diskriminierung“* (vgl. FN 99) abgelehnt werden.

Auch Le Pens Vorschläge zur Elternzeit sind mehrspurig: auf der einen Seite möchte sie die öffentliche Kinderbetreuung sowie die öffentliche Struktur der Kinderfürsorge (wie zum Beispiel das Jugendamt) verbessern (vgl. FN 90), auf der anderen Seite möchte sie eine Wiedereinführung der freien Aufteilung der Elternzeit (vgl. FN 55), die die oben angesprochene Reform von 2015 für mehr partnerschaftliche Teilung rückgängig machen würde.

Die AfD argumentiert in vielerlei Hinsicht ähnlich, jedoch deutlich direkter und ausführlicher. So lehnt die Partei Gleichstellungspolitiken wie *„Quotenregelungen“* (AfD, 1.15) gleichermaßen ab und konstruiert genau wie der FN den Islam als Bedrohung für die Frau: *„Der im Grundgesetz garantierten Gleichberechtigung von Frauen und Männern sowie der freien Entfaltung der Persönlichkeit widerspricht das Kopftuch als religiös-politisches Zeichen der Unterordnung von Muslimas unter den Mann.“* (AfD 6.0)

Die weiteren Vorschläge zur Familienpolitik zielen, auch ähnlich wie in dem Programm von Marine Le Pen, auf steuerliche und finanzielle Unterstützung für Familien mit vielen Kindern. So soll beispielsweise ein Familiensplitting zusätzlich zum Ehegattensplitting eingeführt werden, welches *„über angemessene Freibeträge pro Familienmitglied zu einer spürbaren Entlastung von Familien führen soll.“* (AfD 7.6). Weiterhin heißt es, dass ein *„Ehe-Start-Kredit mit Teilerlass für Kinder“* eingeführt werden soll, der *„Ehepaare motivieren soll, eher mit der Familienplanung zu beginnen.“* (AfD, 7.6). So sieht man hier, genau wie bei dem FN, dass das ideale Familienbild eines mit vielen Kindern ist.

Die Kinderbetreuung jedoch sieht die AfD anders als der *Front national*. Während Marine Le Pen, wie oben ausgeführt, für einen Ausbau der staatlichen Infrastruktur argumentiert, heißt es in dem Programm der AfD: *„Es muss wieder möglich sein, dass eine Familie mit kleinen Kindern von einem Gehalt leben kann, so dass die Eltern frei zwischen Berufstätigkeit oder*

Erwerbspause unterscheiden können. Der Staat muss die elterliche Betreuung genauso finanziell unterstützen wie Kitas und Tagesmütter“ (AfD 7.4) Im Fokus steht also die Unterstützung der privaten Übernahme der Kinderbetreuung durch die Familie.

Dieser Unterschied lässt sich auch in einem anderen Punkt der *Care*-Arbeit wiederfinden: Während die AfD auch auf den „Pflegerotstand“ eingeht und „die Fürsorge für pflegebedürftige Angehörige besser unterstützen“ möchte, geht der FN zwar nicht auf Alten-pflege, sondern auf die Unterstützung für Menschen mit Behinderungen ein. Hier schlägt Marine Le Pen vor, den staatlichen Infrastrukturen „mehr Ressourcen zur Verfügung zu stellen und eine Pflege zu entwickeln, die Autismus und Störungen des autistischen Spektrums würdig ist“. (vgl. FN 88). Auch wenn die Altenpflege und die Pflege der Menschen mit Behinderungen nicht direkt vergleichbar sind, kommt hier eine gemeinsame Tendenz zum Ausdruck. Die Vorschläge des *Front national* streben eher einer Auslagerung der *Care*-Arbeit durch die Förderung von öffentlichen Strukturen in Frankreich an, während die Vorschläge der AfD eher die Übernahme der *Care*-Arbeit durch die Familie fördern.

## **4. Fazit**

Im Folgenden soll versucht werden, die Erkenntnisse einzuordnen und zu bewerten.

### **4.1 Ergebnisse**

Die Interpretation der Wahlprogramme hat Aufschluss in mehreren Aspekten geliefert. Es hat sich gezeigt, dass die beiden rechtspopulistischen Parteien durchaus ähnliche Vorstellungen zur Familie haben und somit ein ähnliches Familienbild verfolgen. Beide Familienpolitiken sind auf ein gemeinsames Ziel ausgerichtet: die Erhöhung der Geburtenrate. Die Familienpolitik zielt somit hauptsächlich darauf ab, das Kinderkriegen auch für einkommensschwächere Familien attraktiver zu machen. Jedoch sind nicht alle Arten von Familien willkommen. Beide verstehen unter dem Ehe- und Familienbegriff die heterosexuelle Partnerschaft von Mutter, Vater, Kind.

Interessant ist vor allem, dass die vorliegende Analyse die in der Einleitung aufgestellte Hypothese bestätigt, dass die jeweiligen Wahlprogramme dem Genderregime des Landes entsprechen.

Die Vorschläge von Marine Le Pen, die Infrastruktur für die Kinderbetreuung auszubauen und gleichzeitig die Reform der Elternzeit von 2015 rückgängig zu machen, entsprechen dem

beschriebenen französischen Genderregime. Dies ist zum einen durch eines der besten öffentlichen Kinderbetreuungssysteme charakterisiert, was eine höhere Erwerbstätigkeit der Frauen ermöglicht, zum anderen durch ein Nichteingreifen in das Private. Dadurch ließen sich zwei widersprüchliche Vorschläge von Marine Le Pen erklären: Auf der einen Seite steht ihr Wunsch, die Reform von 2015 zu widerrufen. Dies könnte durch die strukturelle Eigenschaft des französischen Wohlfahrtsstaates erklärt werden, Geschlechterungleichheiten in seinen familiarisierenden Maßnahmen nicht mitzudenken. Auf der anderen Seite steht ihre Aussage, sich für gleichere Bezahlung und gegen prekäre Arbeitsverhältnisse von Frauen einzusetzen. Dies entspricht dem Bild des *dual breadwinner models*, in dem die Frau genauso als vollzeitbeschäftigte Person gesehen wird wie der Mann.

Umgekehrt können die politischen Vorschläge der Alternative für Deutschland als passend zu dem deutschen Genderregime gelesen werden, das sich durch ein Manko an öffentlicher Infrastruktur und einem hohen Grad an Familialismus auszeichnet, jedoch mehr Anreize zur Verringerung der Geschlechterungleichheiten in diesem privaten Familialismus setzt. Zusätzlich ist das deutsche Genderregime eher als „Hauptverdiener mit Zuverdienerin in Teilzeit“<sup>67</sup> durch Beckmann charakterisiert worden. Die AfD argumentiert auf der einen Seite für den Erhalt des umstrittenen Ehegattensplittings, das die Vollerwerbstätigkeit von Ehefrauen ausbremst, und somit diesem von Beckmann beschriebenen Charakterzug entsprechen würde. Zusätzlich setzt sich die AfD für eine stärkere staatliche Unterstützung für Eltern ein, die ihr Kind nach der Geburt zu Hause betreuen wollen. Jedoch scheinen sie sich nicht für ein Aufheben der Anreize zur partnerschaftlichen Teilung der Elternzeit einzusetzen. Somit entspricht die Politik der AfD den Befunden, nach denen sich Deutschland mehr für Geschlechtergleichheit im Privaten einsetzt.

## 5.2 Grenzen

Auch wenn der Vergleich der beiden Wahlprogramme zu den vorgestellten Ergebnissen geführt hat, ist die Analyse und Interpretation natürlich nicht vollständig. Nicht alle Aussagen in den Wahlprogrammen konnten verwendet werden und durch die vorgegebene Länge dieser Arbeit konnten keine zusätzlichen Aussagen erfasst werden, auch wenn dies im Hinblick auf weitere, vielleicht auch andere Erkenntnisse interessant gewesen wäre.

---

<sup>67</sup> Beckmann, Sabine. *Geteilte Arbeit?* S. 248

Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, die eine umfassendere Quellenlage genutzt hat und Reden und soziale Medien analysiert hat, konnte dem *Front national* beispielsweise eine deutlich liberalere Haltung zu weiblichen Reproduktionsrechten (wie das Recht auf Abtreibung) zuschreiben als der AfD.<sup>68</sup> Auch wenn somit die Frage nach dem Familienbild in dieser Arbeit gut beantwortet werden konnte, so bleiben Fragen nach den Vorstellungen zu Geschlechterrollen zum Teil unbeantwortet.

Auch hat das theoretische Modell der feministischen Wohlfahrtstaatenforschung seine Grenzen. Da es den Fokus auf Geschlechterungleichheiten legt, kann es bestimmte andere Ungleichheiten nicht oder nicht ausreichend erfassen – wie zum Beispiel die unterschiedlichen Auswirkungen der wohlfahrtstaatlichen Leistungen je nach Geschlecht und Hautfarbe. Ein intersektionaler Ansatz, der Geschlechterungleichheiten und Rassismus vereint betrachten würde, wäre an dieser Stelle bestimmt aufschlussreich. Denn das ist die eigentliche, ins Auge springende, wenn auch nicht überraschende Erkenntnis dieser Arbeit – der FN und die AfD konstruieren die ideale Familie als heterosexuell und kinderreich, aber vor allem als ‚einheimisch. Zusätzlich konstruieren sie die Frau als ‚schutzbedürftige‘ vor dem Islam, der ihre Emanzipation bedroht.

### 5.3 Ausblick

Diese Spannungen, die in rechtspopulistischen Programmen auftreten, da „*in der Regel traditionellen Vorgaben zur Familienpolitik mit einer westlichen Emanzipation und einem kritischen Blick auf muslimische Geschlechterordnung direkt nebeneinander arrangiert sind*,“<sup>69</sup> nennt die Autorin Dietze das „Islam-Sexualitäts-Emanzipations-Nexus“<sup>70</sup>. Diesem Weltbild liegt eine westliche Überlegenheitsfantasie gegenüber den muslimischen Kulturen zu Grunde. Rechtspopulistische Parteien mit konservativen Werten wie der *Front national* oder eben die Alternative für Deutschland stellen deshalb Frankreich und Deutschland als freie, emanzipierte Länder dar, die durch die muslimische, patriarchale Kultur bedroht werden. Eine Analyse der Wahlprogramme oder der generellen Parteiprogrammatik mit diesem theoretischen Ansatz könnte spannende Ergebnisse liefern, und zwar besonders im Vergleich, da nichtchristliche Einwanderung in Frankreich eine zeitlich andere Dimension einnimmt als in Deutschland. Seit

---

<sup>68</sup> FES *Triumph der Frauen – the female face of the far right in Europe*, S. 54

<sup>69</sup> Dietze, Gabriele. *Rechtspopulismus Und Geschlecht* S. 35

<sup>70</sup> Ebd. S. 36

der Gründung des *Front national* in den 70er Jahren ist anti-muslimischer Rassismus<sup>71</sup> ein Merkmal der Partei, während die AfD erst seit 2015 existiert. Man könnte also nach Unterschieden zwischen den beiden Parteien hinsichtlich eines anti-muslimischen Familienbildes und der Konstruktion der bedrohten Frau Ausschau halten.

Außerdem wäre es sicher lohnenswert, die Ergebnisse dieser Arbeit zu verwenden, um mögliche Erklärungsansätze für den Erfolg Marine Le Pens bei der weiblichen Wählerschaft zu formulieren. In ihrer Studie zeigt die Friedrich-Ebert-Stiftung beispielsweise auf, dass der *Radical right gender gap* für den *Front national* deutlich kleiner ist als für die AfD. Es gibt also mehr Frauen, die *Front national* wählen als Frauen, die die Alternative für Deutschland wählen. So könnte man sich die Frage stellen, ob es einen Zusammenhang zwischen den Vorschlägen zur Familien- und Frauenpolitik im Wahlprogramm und der Attraktivität der jeweiligen Partei für Wählerinnen gibt.

---

<sup>71</sup> Dietze, Gabriele. *Rechtspopulismus Und Geschlecht* S.37

## 5. Bibliografie

### 5.1 Literaturquellen

Achin, Catherine /Lévêque, Sandrine. *Jupiter Is Back: Gender in the 2017 French Presidential Campaign.* French politics, Vol.3 (15), 2017

Beckmann, Sabine. *Geteilte Arbeit? Männer Und Care-Regime in Schweden, Frankreich Und Deutschland* . Münster: Westfälisches Dampfboot, 2008

Betzelt, Sigrid. *Gender Regimes: Ein ertragreiches Konzept für die komparative Forschung; Literaturstudie.* Bremen: Zentrum für Sozialpolitik, 2007

Decker, Frank. *Rechtspopulismus in Europa. Ein Überblick.* In: Hoffnung Europa - Die EU als Raum und Ziel von Migration, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft MbH & Co. KG, 2017

Dietze, Gabriele. *Rechtspopulismus und Geschlecht. Paradox und Leitmotiv.* In Femina Politica 27, no. 1, 2018

Esping-Andersen, Gosta. *The Three Worlds of Welfare Capitalism.* Cambridge: Polity Press, 1990

Fraser, Nancy. *Justice Interruptus,* New York: Routledge, 1997

Friedrich-Ebert-Stiftung. *Triumph der Frauen – the female face of the far right in Europe,* Berlin, 2018

Hofäcker, Dirk. *Typen europäischer Familienpolitik -Vehikel oder Hemmnis für das "adult worker model"?* In: Leitner, Sigrid/ Ostner, Ilona/ Schratzenstaller, Margit (Hrsg.) *Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis im Umbruch: Was Kommt nach dem Ernährermodell?* Wiesbaden: VS Verlag Für Sozialwissenschaften, 2004, S. 257-284

Häusermann, Silja. *The multidimensional politics of social investment in conservative welfare regimes: family policy reform between social transfers and social investment.* In: Journal of European Public Policy 25 (6), 2018

Inglehart, Ronald/ Norris, Pippa. *Trump, Brexit, and the Rise of Populism: Economic HaveNots and Cultural Backlash.* In: Harvard Kennedy School. Faculty Research Working Paper Series, Cambridge, 2016

Jurczyk, Karin. *Neue Familienpolitik und Geschlechterverhältnisse.* In: Böllert, K./ Oelkers, N. (eds) *Frauenpolitik in Familienhand.* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2010, S. 57-78



Kulawik, Teresa. *Wohlfahrtsstaaten und Geschlechterregime im internationalen Vergleich*-, Freie Universität Berlin, 2005

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. *Rechtspopulismus*. In: Bürger & Staat, 1. Heft, 2017

Lang, Juliane. *Feindbild Feminismus. Familien- und Geschlechterpolitik in der AfD*. In: Grigat, Stephan. AfD & FPÖ. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 2017, S.61-78

Leitner, Sigrid/ Ostner, Ilona/ Schratzenstaller, Margit (Hrsg). *Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis im Umbruch: Was Kommt nach dem Ernährermodell?* Wiesbaden: VS Verlag Für Sozialwissenschaften, 2004

Leitner, Sigrid. *Von den Nachbarn lernen? Care-Regime in Deutschland, Österreich und Frankreich*. WSI-Mitteilungen 62, no. 7, 2009

Leitner, Sigrid. *Varianten von Familialismus: Eine historisch vergleichende Analyse der Kinderbetreuungs- und Altenpflegepolitiken in kontinentaleuropäischen Wohlfahrtsstaaten*. Berlin: Duncker & Humblot, 2013

Lewis, Jane. *The Decline of the Male Breadwinner Model: Implications for Work and Care*. In: Social Politics 2, 2001, S. 152–169

Lüter, Albrecht. *Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa*. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 27, no. 2, 2014

Mayer, Stefanie/ Šori, Iztok / Sauer, Birgit / Ajanović, Edma. *Mann, Frau, Volk. Familienidylle, Heteronormativität und Femonationalismus im europäischen rechten Populismus*. Feministische Studien 36.2, 2018

Mayring, Philipp. *Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken*. Überarbeitete Auflage ed. Weinheim, 2015

Mudde, Cas. *The Populist Zeitgeist*. In: Government and Opposition, 39. 3, 2004, S. 541-563

Mudde, Cas. *Populist Radical Right Parties in Europe*. Cambridge University Press, 2007

Norocel, Christian. *Our People a Tight-Knit Family Under the Same Protective Roof: A Critical Study of Gendered Conceptual Metaphors at Work in Radical Right Populism*. Dissertation, Department of Sociology, Universität Helsinki, 2013

Panreck, Isabell-Christine. *Rechtspopulismus – historisches Phänomen, politischer Kampfbegriff, analytisches Konzept?* In: Rechtspopulismus in Einwanderungsgesellschaften. Springer VS Wiesbaden, 2019

Pickel, S. *Methodologische Grundlagen des politikwissenschaftlichen Vergleichs und Vergleichsdesigns*. In: Lauth, HJ./Kneuer, M./Pickel, G. (Hrsg.). *Handbuch Vergleichende Politikwissenschaft*. Wiesbaden, 2015

Plehwe, Dieter. *Alternative für Deutschland, Alternativen für Europa?*. In: Hentges, G./Nottbohm, K./Platzer, HW. (Hrsg.). *Europäische Identität in der Krise? Europa – Politik – Gesellschaft*. Springer VS, Wiesbaden 2017, S. 249-269

Sauer, Birgit/Kuhar, Roman/Ajanovic', Edma/Saarinen, Aino. *Exclusive Intersections. Constructions of Gender and Sexuality*. In: Lazarides, Gabrielle/Campani, Giovana (Hrsg.): *Understanding the Populist Shift: Othering in a Europe in Crisis*. New York 2016, S.????

Stockemer, Daniel. *The Front National in France*. Cham: Springer International Publishing AG, 2017

Wolf, Tanja. *Rechtsextreme und -rechtspopulistische Parteien in Europa*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 2019

## 5.2 Internetquellen

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Elterngeld  
<https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/familie/familienleistungen/elterngeld/elterngeld-und-elterngeldplus/73752> (abgerufen am 15.08.2020)

Bundeszentrale für politische Bildung: Familienpolitik  
<https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/202020/familienpolitik> (abgerufen am 07.06.2020)

Bundeszentrale für politische Bildung: Dekommodifizierung  
<https://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verhaeltnisse-eine-sozialkunde/138404/glossar?p=24> (abgerufen am 15.07.2020)

Bundeszentrale für politische Bildung: Wahlprogramm  
<https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-in-einfacher-sprache/250120/wahlprogramm> (abgerufen am 22.08.2020)

Der Spiegel: Warum Väter weniger Elternzeitnehmen als Mütter (28.08.2019)  
<https://www.spiegel.de/karriere/studie-des-diw-vaeter-meiden-elternzeit-wegen-beruflicher-und-finanzieller-nachteile-a-1284051.html> (abgerufen am 15.08.2020)

Europe1: Marine Le Pen répond à Têtu sur le Pacs  
<https://www.europe1.fr/emissions/Le-buzz-politique/Marine-Le-Pen-repond-a-Tetu-sur-le-Pacs-76940> (abgerufen am 02.06.2020)

Europe 1 : Congé parental : une réforme prévue avant la fin du quinquennat  
<https://www.europe1.fr/societe/conge-parental-une-reforme-prevue-avant-la-fin-du->



Nr.27 : Supprimer le droit du sol: l'acquisition de la nationalité française sera possible uniquement par la filiation ou la naturalisation dont les conditions seront par ailleurs plus exigeantes. Supprimer la double nationalité extra-européenne.

Nr.54 : Rehausser progressivement le plafond du quotient familial, rétablir la demi-part des veuves et veufs et la défiscalisation de la majoration des pensions de retraite pour les parents de famille nombreuse.

Nr.55 : Mettre en œuvre une vraie politique nataliste réservée aux familles françaises, en rétablissant l'universalité des allocations familiales et en maintenant leur indexation sur le coût de la vie. Rétablir la libre répartition du congé parental entre les deux parents

Nr. 56 : Renforcer la solidarité intergénérationnelle en permettant à chaque parent de transmettre sans taxation 100000 euros à chaque enfant tous les cinq ans (au lieu de quinze ans actuellement) et en augmentant le plafond des donations sans taxation aux petits-enfants à 50000 euros, également tous les cinq ans

Nr. 87 : Créer une union civile (PACS amélioré) qui viendra remplacer les dispositions de la loi Taubira, sans effet rétroactif

Nr.88 :Revaloriser l'Allocation aux Adultes Handicapés (AAH), donner plus de moyens aux Maisons Départementales de Personnes Haandicapées (MDPH) et développer une prise en charge digne de l'autisme et des troubles du spectre autistique. La puissance publique se doit d'apporter une aide accrue aux personnes en situation de handicap, ainsi qu'à leur famille

Nr.90 : Lancer un audit complet sur les structures d'accueil et de prise en charge des enfants

Nr. 99 : Rétablir l'égalité réelle et la méritocratie en refusant le principe de la « discrimination positive

Nr.90 : Lancer un audit complet sur les structures d'accueil et de prise en charge des enfants afin de mettre un terme aux dérives constatées au sein de certaines d'entre elles. Réorganiser et améliorer les politiques d'aide sociale à l'enfance.

## Auszüge aus dem Programm für Deutschland.

siehe <https://www.afd.de/wahlprogramm/>

1.15: Die Alternative für Deutschland tritt für die Gleichheit vor dem Gesetz ein. Deshalb lehnen wir sogenannte „Quotenregelungen“ ab

4.1 : Die Einbürgerung Krimineller ist zuverlässig zu verhindern durch:

- Verhinderung des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit durch bloße Geburt in Deutschland, weil hierdurch u.a. Angehörige krimineller Clans automatisch zu deutschen Staatsbürgern werden können

5.7: Wir lehnen jeglichen Familiennachzug ab, da die deutschen Sozialsysteme diese Lasten nicht tragen können

6 : Der im Grundgesetz garantierten Gleichberechtigung von Frauen und Männern sowie der freien Entfaltung der Persönlichkeit widerspricht das Kopftuch als religiös-politisches Zeichen der Unterordnung von Muslimas unter den Mann.

7.1 : Deutschland braucht mehr stabile Familien mit mehr Kindern. Ohne ausgeglichene Geburtenbilanz ist der soziale Friede gefährdet, soweit er auf unserem Sozial-, Renten- und Gesundheitssystem beruht. Daher sind Maßnahmen zur mittelfristigen Erhöhung der Geburtenrate der einheimischen Bevölkerung unverzichtbar, auch um unsere Sozialversicherungssysteme zu stabilisieren

7.2: Die AfD will das vom Grundgesetz geschützte und bewährte Leitbild der Ehe und traditionellen Familie mit Kindern bewahren und stärken

7.4 : Kinder unter drei Jahren fühlen sich am wohlsten, wenn sie durch die eigenen Eltern betreut werden. Es muss wieder möglich sein, dass eine Familie mit kleinen Kindern von einem Gehalt leben kann, so dass die Eltern frei zwischen Berufstätigkeit oder Erwerbspause entscheiden können. Der Staat muss dafür die elterliche Betreuung genauso finanziell unterstützen wie Kitas und Tagesmütter. (...)die AfD will auch die Fürsorge für pflegebedürftige Angehörige besser unterstützen

7.6: Eine Willkommenskultur für Kinder muss sich auch in konkreten Maßnahmen zeigen, mit denen wir vor allem Familien mit unterdurchschnittlichem Einkommen finanziell entlasten und so Mut zu Kindern machen wollen:

Ehe-Start-Kredite mit Teilerlassen für Kinder sollen Ehepaare motivieren, eher mit der Familienplanung zu beginnen.

(...) Familien, in denen Kinder erzogen werden, leisten einen ebenso wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme wie aktive Beitragszahler. Daher will die AfD durch einen umfassenden Leistungsausgleich eine Steuerund Beitragsgerechtigkeit für Familien herstellen.

*Dazu gehört ein Familiensplitting, das über angemessene Freibeträge pro Familienmitglied zu einer spürbaren Entlastung von Familien führen soll.*

7.7: Die AfD will, dass sich die Familienpolitik des Bundes und der Länder am Bild der Familie aus Vater, Mutter und Kindern orientiert.

10.1: Das Ehegattensplitting wird durch ein sozial gerechtes Familiensplitting ergänzt, bei dem das Familieneinkommen auf alle Familienmitglieder verteilt wird vor der Tarifierung.

Wer Kinder großzieht und Rentenversicherungsbeiträge leistet, trägt deshalb doppelt zur Sicherung der Renten bei. Erziehungszeiten müssen deshalb eine dieser Leistung angemessene Rentenerhöhung der Eltern zur Folge haben.“10.2

11.2: Wer Kinder großzieht und Rentenversicherungsbeiträge leistet, trägt deshalb doppelt zur Sicherung der Renten bei. Erziehungszeiten müssen deshalb eine dieser Leistung angemessene Rentenerhöhung der Eltern zur Folge haben.

12.13: dem Pflegenotstand entgegenwirken

## 6. Anhang

### Kodierleitfaden

Kategorie	Definition	Ankerbeispiel FN	Ankerbeispiel AfD	Kodierregeln
Definition der Ehe und der Familie	Alle Textstellen, die über die Anerkennung der Ehepartner und/oder der Familie sprechen	« Créer une union civile (PACS amélioré) qui viendra remplacer les dispositions de la loi Taubira, sans effet rétroactif » (87)	« Die AfD will, dass sich die Familienpolitik am Bild der Familie aus Vater, Mutter, Kind orientiert.“ Ablehnung, diesen Begriff zu erweitern (7.7, S. 53)	Es muss auf die rechtliche Lage oder die Vorstellung der Familie eingegangen werden
Frauenrecht	Alle Textstellen, die explizit auf Frauenrecht oder Rechte der Frauen hinweisen	„ Défendre les droits des femmes: lutter contre l’islamisme qui fait reculer leurs libertés fondamentales ; mettre en place un plan national pour l’égalité salariale femme/homme et lutter contre la précarité professionnelle et sociale (9)	Der im Grundgesetz garantierten Gleichberechtigung von Frauen und Männern sowie der freien Entfaltung der Persönlichkeit widerspricht das Kopftuch als religiös-politisches Zeichen der Unterordnung von Muslimas unter den Mann. 6., S. 47	Es muss entweder auf den rechtlichen Schutz eingegangen werden
Familienrecht und Migration	Textstellen, die über Familienzusammenführung o.ä eingehen	„Mettre fin à l’automaticité du regroupement et du rapprochement familial » (26)	« Wir lehnen jeglichen Familiennachzug ab, da die deutschen Sozialsysteme diese Lasten nicht tragen können“ (5.7, S. 41)	Analyse der Rechte der Familie explizit in Bezug auf Migration / Geflüchtete
Steuerrecht und Sozialleistungen in Bezug auf die Familie	Textstellen, die explizit über steuerliche Entlastung, Vorteile	„rehausser progressivement le plafond du quotient familial » (54)	« Das Ehegattensplitting wird durch ein sozial gerechtes	Es muss explizit die Steuerpolitik in Bezug auf die Familie angesprochen werden

	oder Erhöhung für Familien reden		Familiensplitting ergänzt, bei dem das Familieneinkommen auf alle Familienmitglieder verteilt wird vor der Tarifanwendung.“ 10..2	
Reproduktionsrechte und Geburtenpolitik  // In Bezug auf Migration	Textstellen, die auf die Reproduktionsrechte (Abtreibung, Verhütung o.ä) eingehen	„Mettre en oeuvre une vraie politique nataliste réservée aux familles françaises » (55)	„Daher sind Maßnahmen zur mittelfristigen Erhöhung der Geburtenrate der einheimischen Bevölkerung unverzichtbar“ (7.1, S. 49)	Abtrennung von steuerlichen Regelungen. Fokus auf Maßnahmen
Kinderbetreuung	Textstellen über den Ausbau der Kinderbetreuung oder staatliche finanzielle Hilfe zur Betreuung zu Hause	„ Lancer un audit complet sur les structures d’accueil et de prise en charge des enfants » (90)	Der Staat muss die elterliche Betreuung genauso finanziell unterstützen wie Kitas und Tagesmütter“ 7.4, S. 51	Analyse der Maßnahmen zur Betreuung der Kinder
Elternzeit	Alle Textstellen, in denen es um die Zeit direkt nach der Geburt eines Kindes geht	„Rétablir la libre répartition du congé parental entre les deux parents « 55	« Wer Kinder großzieht und Rentenversicherungsbeiträge leistet, trägt deshalb doppelt zur Sicherung der Renten bei. Erziehungszeiten müssen deshalb eine dieser Leistung angemessene Rentenerhöhung der Eltern zur Folge haben.“	Begriff Elternzeit , Elternurlaub, Erziehungsurlaub o.ä.
Gleichstellungspolitik	Alle Textstellen, die auf Gleichstellungspolitik (wie zb Frauenquote) eingehen	„Rétablir l’égalité réelle et la méritocratie en refusant le principe de la	« Deshalb lehnen wir die sogenannte Quotenregelung ab“ (1.15, S.15)	Sprachliche Abtrennung zwischen Gleichstellungspolitik und Frauenpolitik/rechte

		« discrimination positive » » 99		
Pflege von Angehörigen	Textstellen, die explizit auf die Pflege von Familienangehörigen hinweisen	„Revaloriser l’Allocation aux Adultes Handicapés (AAH), donner plus de moyens aux Maisons Départementales de Personnes Haandicapées (MDPH) et développer une prise en charge digne de l’autisme et des troubles du spectre autistique. (88)	„die AfD will auch die Fürsorge für pflegebedürftige Angehörige besser unterstützen,, 7.4, S: 51	Explizite Textstellen über Unterstützung Pflegebedürftiger für die Familie, sei es durch finanzielle Hilfe oder den Ausbau der Infrastruktur